

# Die Stellung der Frau in Gegenwart und Zukunft

Wirklichkeitsnahe Forderungen an die Politik

Von Ulrike Raich



Die Frauenpolitik ist der Schlüssel für die Zukunft des deutschen Volkes. Zum einen sind es nämlich die Frauen, die in der Regel darüber entscheiden, ob sie überhaupt für Nachwuchs sorgen wollen, zum anderen sind es vor allem die Mütter, die die Persönlichkeit eines neuen Erdenbürgers am nachhaltigsten prägen, die guten oder weniger guten Einfluß auf den Charakter des Kindes ausüben, die die Kinder zu aufrechten oder unaufrichtigen Staatsbürgern erziehen, zu guten Deutschen oder nicht.

## Vergangenheit

Im Frauendasein war in der Vergangenheit die Mutterschaft das Bestimmende. Sie galt bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges sowohl für die Frauen der höheren Schichten, i.d.R. Hausfrauen, aber auch für die Heerscharen an Mägden und Arbeiterinnen als Selbstverständlichkeit. Große, gesellschaftlich nachhaltige Änderungen im Rollenbild der Frau kamen erst in den 60-er und 70-er Jahren des 20. Jahrhunderts auf, in einer Zeit, wo die Führung des Haushalts mit entschieden weniger Aufwand verbunden war als anno dazumal. Elektrizität, moderne Haushaltsgeräte, Supermarkt und Auto ermöglichten es zum einen den Hausfrauen, außer Haus eine erfüllende Tätigkeit und damit eigenes Einkommen und Prestige zu finden. Andererseits sorgten Arbeitszeitverkürzungen, soziale Einrichtungen wie Kinderkarenz und anderes dafür, daß die Arbeiterinnen es sich erstmals leisten konnten, zumindest teilweise zu Hause bei den Kindern zu bleiben. Diese gesellschaftlichen Änderungen zeigten ab den 70-er und 80-er Jahren ihren Niederschlag, wo die Erwerbsarbeit der Frauen immer mehr zur Selbstverständlichkeit und zum Selbstverständnis, wo die bisherigen Konventionen verlassen wurden.

Den Weg, die Erwerbsarbeit der Frauen auch gesellschaftspolitisch zum Selbstverständnis zu erheben, beschritt man zunächst in den sozialistischen Ländern. Dies allerdings nicht primär, um den Frauen aus ihrer benachteiligten gesellschaftlichen Wertung den Weg zu bahnen. Es war schlicht die wirtschaftliche Notwendigkeit, die das in der sozialistischen Weltanschauung bewirkte. So mußte beispielsweise die DDR trotz der Kriegsverwüstungen, einer daniederliegenden Wirtschaft und der Flüchtlingsnot nach dem Zweiten Weltkrieg ungeheure Reparationszahlungen für die sowjetische Besatzungsmacht erwirtschaften. Unter dieser Bedingung wurde von der kommunistischen Regierung die Gleichberechtigung der Frauen propagiert, die sich vor allem in einer gleichen Arbeitsleistung in Industrie, Landwirtschaft und Handel ausdrückte. Außerdem wollte man der Kinder schon möglichst früh habhaft werden, man wollte alle Staatsbürger schon von klein auf in sozialistischen Kindergärten und Schulen erziehen, sie möglichst bald der Familie entfremden. Zur Versorgung der Kinder wurden flächendeckend Säuglingskrippen und Kindergärten eingerichtet und eine Verlängerung des Wochenurlaubs, ein bezahltes Babyjahr und eine Arbeitszeitverkürzung für Mütter eingeführt. Weiters wurden das Kindergeld erhöht und studierenden Müttern Erleichterungen gewährt. Gleichzeitig wurden nicht erwerbstätige Frauen gesetzlich benachteiligt. So hatten Nicht-Erwerbstätige nach einer Scheidung oder Verwitwung sowie bei Arbeitsunfähigkeit des Gatten keinen Versorgungsanspruch (bzw. einen zeitlich sehr stark begrenzten). Durch solche „Anreize“ und finanzielle Notwendigkeit gezwungen, arbeiteten in der DDR im Alter zwischen 30 und 40 Jahren über 90 % der Frauen<sup>1</sup> außerhalb des eigenen Haushaltes. Diese Tatsache bezeichnete das SED-Regime als „Gleichstellung“ zwischen Mann und Frau. Doch diese „Gleichstellung“ war im Grunde nichts anderes als eine durch Mehrfachbelastung verursachte Schlechterstellung der Frauen. Denn hinsichtlich Macht und Einfluß in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft blieb alles beim Alten.

Im Westen war man nach den unmittelbaren Nachkriegsjahren wieder zum bürgerlichen Rollenbild mit dem Ziel der Hausfrauen- und Mutterrolle zurückgekehrt. Das ungleiche Verhältnis zwischen Mann und Frau und die Benachteiligung der Frauen in vielen Bereichen des Lebens begann man im Westen erst in den 60-er Jahren zu hinterfragen. Über die Studentenschaft fand die sogenannte „neue Frauenrechtsbewegung“ Eingang ins mitteleuropäische Denken. 1968 kam es erstmals im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) zu Auseinandersetzungen, weil (Zitat) „die Studentinnen zu merken begannen, daß ihre männlichen Kommilitonen zwar nach außen antiautoritäre Verhaltensmuster forderten, sich selbst aber im Innenbereich – und somit den Studentinnen und Ehefrauen bzw. Partnerinnen gegenüber – recht autoritär verhielten (Zitat Ende).“<sup>2</sup> Genau das, was die linken Stu-

dentem am herrschenden Gesellschaftssystem kritisierten, nämlich das Hintertreffen der Benachteiligten in den politischen Entscheidungsprozessen, praktizierten sie selbst. Viele dieser Frauen begannen nun, nicht nur gegen die „Etablierten“, gegen alte Werte und konservative Wertvorstellungen zu kämpfen, sondern auch gegen die Männer an sich.

In dieser Zeit des Aufbruchs formierten sich viele Frauenvereinigungen unterschiedlichster Weltanschauungen und gesellschaftlicher Richtungen. Die meisten gehörten aber unbestritten dem kommunistischen bzw. sozialdemokratischen Lager an; die bürgerlichen Parteien hatten lange Zeit kaum Interesse an der Frauenrechtsfrage. Sie haben daher auch bis heute den Nimbus der Nachzügler in Sachen Frauenpolitik. Die bürgerlichen Parteien erkannten erst spät, sehr viel später, welche Folgen die immer mehr ins Radikal-feministische abgleitende, linke Ausrichtung der Frauenpolitik nach sich ziehen werde.

Mitte der 70-er Jahre traten nämlich immer mehr radikal-feministische Gruppen in die Öffentlichkeit und leiteten einen fundamentalen Einstellungswandel ein, der wesentlich ist für das heutige Gesellschaftsbild. Diese Gruppen sahen die Unterdrückung der Frau vor allem auf dem Gebiet der Sexualität. Das Bestreben nach Gleichberechtigung von Mann und Frau kippte damit in den 70-er Jahren immer mehr in Richtung „Kampf nach Gleichberechtigung gleichgeschlechtlicher Beziehungen“. Lesben traten selbstbewußt auf und verlauteteten, daß Homosexualität die reinste Form des Feminismus sei. „Denn (Zitat) – da in unserer Gesellschaft ‚normale‘ Weiblichkeit vor allem über die sexuelle Attraktivität für Männer definiert wird – (...) würden allein lesbische Frauen nicht nur ökonomisch gegenüber den Männern autonom, sondern auch emotional und sexuell (Zitat Ende).“<sup>43</sup> Die lesbischen Frauenrechtler traten dabei sehr selbstbewußt und lautstark auf, argumentierten geschickt und beschränkten ihre Ziele immer mehr auf individuelle Rechte. Sie erreichten damit, daß – durch Schwäche oder Naivität – auch Frauengruppen, die ursprünglich nur gegen die tatsächliche Benachteiligung der Frauen in der Gesellschaft antraten, langsam lesbische Sichtweisen übernahmen. Männer – und das ist nun das Ergebnis dieser Entwicklung und die Konsequenz für das Heute – kamen „allenfalls als Täter im (radikal-) feministischen Weltbild vor, nicht aber als Partner oder gar als Väter gemeinsamer Kinder.“<sup>44</sup> Eine Aussage einer grün-alternativen Studentenveterin<sup>5</sup> in Österreich aus 1995 faßt diese Weltanschauung zusammen: „Unser Feindbild ist weiß, heterosexuell und männlich“.

## Gesellschaftspolitische Ist-Situation

Obwohl die „neue Frauenrechtsbewegung“ letztlich in den 80-er und 90-er Jahren einen gewissen Niedergang erlebte<sup>6</sup>, beherrschen viele ihrer Forderungen und Wertvorstellungen nach wie vor das veröffentlichte Meinungsbild:

- So wird vielerorts als Idealbild der Zukunft die berufstätige, alleinstehende und kinderlose Frau propagiert. Haben Frauen dennoch Kinder, so genießen sie nur als Alleinerzieherinnen besondere gesellschaftliche Beachtung und Unterstützung. Die höchste gesellschaftliche Anerkennung erfahren die sogenannten Karrierefrauen.
- Die Leistungen und Belange der Mütter und Familien verschwanden fast vollkommen aus der Öffentlichkeit. Ja, im Abschlußbericht der letzten internationalen Frauenkonferenz in Peking kam das Wort „Mutter“ nicht einmal vor.
- Darüber hinaus beschäftigen sich selbsternannte Frauenpolitikerinnen in erster Linie mit, so meine ich, Minderheitenwünschen. Ob es am Arbeitsplatz sexuell belästigte Frauen oder ob es alleinerziehende Mütter sind, sie stellen, so tragisch für die einzelne, nicht repräsentative Gruppen dar. Es sind *Minderheiten*interessen, die an den *mehrheitlichen* Problemen vorbeigehen. Viele der als Frauenangelegenheiten behandelten Themen liegen den meisten Frauen fern.

## Die Feminisierung der Sprache

Ein Beispiel für ein derartiges Minderheiteninteresse ist der Versuch der sogenannten Feminisierung der Sprache. Den Frauen wird dabei das Rollenklischee zugewiesen, wonach Frauen grundsätzlich diskriminiert und Opfer der „weißen, heterosexuellen, männlichen“ Gesellschaft sind. Mit der Sprachänderung soll nun diese vermeintliche Diskriminierung verhindert werden, gar nicht erst aufkommen bzw. rückgängig gemacht werden. Durch ständige Betonung der Weiblichkeit in allen Bereichen des täglichen Lebens, in Anreden und Aufzählungen sollte nun eine Gleichstellung erzielt werden. Eine Danksagung von Studentinnen und Studenten an die Professorinnen und Professoren und Assistentinnen und Assistenten und Kolleginnen und Kollegen und Tutorinnen und Tutoren ihrer Universität in einer Festrede<sup>7</sup> gerät zur lächerlichen Farce. Noch seltsamer ist die Wortschöpfung man/frau oder gar mensch für man. Die übertriebene Betonung von weiblichen Teilnehmern, Zuhörern, etc. („Österreicherinnen und Österreicher“, „Studentinnen und Studenten“, „Teilnehmerinnen und Teilnehmer“) gipfelte schließlich in der Neuschöpfung des sogenannten Binnen-„I“ („StudentInnen“), dessen Verwendung aufgrund der Holprigkeit der Wörter schwerfällt – und nicht einer gewissen Komik entbehrt („MitarbeiterInnenversammlung“).

Was aber bringt der Kampf gegen Grammatikregeln und „maskuline“ Pluralformen? Für die Frauen wenig. Der kräfteaubende und zeitintensive Kampf gegen die angebliche Frauendiskriminierung in der deutschen Sprache führt im besten Falle zu einer geistlosen, aber nicht konsequenten Annahme der Neusprache nach dem Denkmuster „na, wenn die Frauen das unbedingt zum Wohlfühlen brauchen, dann soll es so sein“. Eine Reduzierung der Frauenforderung nach Gleichberechtigung auf die sprachliche Gleichstellung wäre die Folge. Doch dies führt unbestreitbar zu keiner Gleichstellung der Frauen in Beruf, Wirtschaft und Politik, wo eine Schlechterstellung tatsächlich nachweisbar ist.

## **Die Quotenfrau**

In der Politik, die wesentlich ist, wenn es darum geht, Weichenstellungen vorzunehmen, traten Frauen nach dem Ersten Weltkrieg, als man das aktive und passive Wahlrecht erstritten hatte, ins Bewußtsein der Öffentlichkeit. Bald nach der Wahlrechtsgewährung strebten die Frauen auch in politische Parteien und Ämter. Vor allem in den traditionell linken Gruppen und Gruppierungen, aber auch in rechten Parteien konnte man bald die eine oder andere Frau in einer politischen Funktion finden. Doch was den Zugang zu den einflußreichen Positionen in der Politik, zu Parteispitzen und –führungsgremien betrifft, da war und ist es schlecht bestellt für die Frauen. Hier stellt eine Frau nach wie vor eine Ausnahme dar.

Kein Wunder also, daß sich, wenn auch verhältnismäßig spät, Widerstand regte. Um die Frauen zu beruhigen und um sie vor allem als Wählerpotential nicht zu verlieren, wurden einige Frauen in vermeintliche Spitzenpositionen berufen. „Vermeintlich“ deshalb, weil es sich bei den errungenen Ämtern oftmals um Stellen mit wenig Kompetenzen und geringem finanziellen Spielraum, jedenfalls aber um angeblich klassisch weibliche Bereiche handelt: Frauensprecherin, Konsumentenschutzministerin, Gesundheitssprecherin, Tierschutzbeauftragte, Umweltsprecherin. Alles zweifellos wichtige Positionen, doch die wirklichen Einflußgrößen, Finanzen, Innenpolitik oder Sicherheit, blieben und sind nach wie vor meist den männlichen Parteikollegen vorbehalten. So konnte etwa die ehemalige österreichische Familienministerin Moser nur über ein verhältnismäßig unbedeutendes Budget verfügen, das ihr – nach eigenen Angaben – nur die Erstellung und den Vertrieb von Broschüren sowie die Aufrechterhaltung eines Ministerstabes ermöglichte. Um beispielsweise finanztechnische Eingriffe in der Familienpolitik zu betreiben, war sie auf den Finanzminister angewiesen.<sup>8</sup>

Diese Einbindung der Frauen in politische Einflußsphären wurde bald als Pseudoeinbindung erkannt. Und damit die Frauen nicht bei der nächsten

Wahl einen entsprechenden Denkkzettel verpassen, dachten sich findige Politiker die freiwillige Verpflichtung zur Kontingentierung der Ämter und Positionen aus – und erfanden die Frauenquote. Sie besagt nichts anderes, als daß – je nach Quote – 30, 40 oder 45 % aller Parteiämter und -positionen von Frauen bekleidet werden müssen. So wurden in der Europäischen Kommission die Posten in den Kabinetten zu festgelegten 40 % mit Frauen besetzt.

Diese vor allem von linken Parteien inszenierte „Emanzipationsbewegung“ ist aus mehreren Gründen abzulehnen.

- Grund Nummer eins ist, daß nicht die Quantität sondern die Qualität wichtig ist.
- Grund Nummer zwei ist, daß man eine bestimmte Zusammensetzung in einer Vereinigung von Menschen nicht erzwingen kann. Was passiert, wenn mehrere Frauen Ämter anstreben, aber ebenso viele Männer? Oder umgekehrt? Die Frauenquote konnte jedenfalls nicht einmal bei jenen Parteien verwirklicht werden, die sich vehement für die Quote einsetzen.
- Der dritte Grund für die Ablehnung der Frauenquote liegt darin, daß man auch nicht behaupten kann, daß diese wenigstens ein Signal „in die richtige Richtung“ sei. Es ist nämlich nicht im Sinne der Frauen, mittels Quotierung vorwärts zu kommen. Die Abqualifizierung mit dem Argument, einen Posten nicht aufgrund der Qualifikation, sondern vielmehr aufgrund des Geschlechts errungen zu haben, also nur eine „Quotenfrau“ (oder „Quothilde“) zu sein, ist die logische Konsequenz.
- Außerdem stellt sich als vierter Grund die Frage, warum eine Frauenquote bei einem Anteil an der Bevölkerung von über 50 % bei nur 30 oder 40 % liegen soll.

## **Frauen in der EU und im internationalen Kontext<sup>9</sup>**

Die Europäische Union hat mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages per 1. Mai 1999 die Frauenpolitik zu einem zentralen Schwerpunkt erhoben. Hintergrund ist die Verankerung der Gleichstellung von Frauen und Männern als grundlegendes Prinzip des Gemeinschaftsrechts und als eines der Ziele der Gemeinschaft.

In diesem Amsterdamer Vertrag sieht etwa Artikel 3 eine Verpflichtung für die Gemeinschaft vor, bei all ihren Tätigkeiten auf die Beseitigung von Ungleichheiten und die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern hinzuwirken. Interessant ist darüber hinaus Artikel 13. Mit ihm wurde eine Rechtsgrundlage geschaffen für (Zitat) „geeignete Vorkehrungen, um Diskriminierungen – u. a. solche aus Gründen des Geschlechts oder der

sexuellen Ausrichtung“ – zu bekämpfen. Artikel 13 zeigt damit die Strategie der „Neuen Linken“: es geht vordergründig um die Frauen, doch gleichzeitig wird das Ziel der Zerstörung alles Althergebrachten verfolgt. Die „Vorkehrungen, um Diskriminierungen (...) aus Gründen der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen“ zielen auf die rechtliche und moralische Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften ab. Die Frauenfrage wird ganz selbstverständlich und für viele unmerklich mit der Frage der Homosexualität verknüpft und damit mißbraucht. Dies ist daher auch mit eine Ursache dafür, daß die Frauenfrage oft nicht ernst genommen wird, ja sogar bewußt vernachlässigt wird. Denn andernfalls würde sie zur Gleichsetzung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften mit den anderen führen.

## **Beruf**

In der heutigen Zeit gehört es für Mann und Frau gleichermaßen zum Selbstverständnis, berufstätig zu sein. Denn nur die Berufstätigkeit wird bezahlt, versichert und damit belohnt und gewürdigt. Durch sie erreicht man Erfolg, Ansehen und finanzielle Unabhängigkeit, sie bestimmt heute nicht zuletzt die Stellung in der Gesellschaft. Dementsprechend hoch ist der Anteil der weiblichen Beschäftigten im EU-Europa; er liegt im Schnitt bei 42 %, wobei Schweden mit 47 weiblichen von 100 Beschäftigten führt. In der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich sind es je 43 auf 100.<sup>10</sup> Nach Umfragen<sup>11</sup> ist für die Frauen der größte Vorteil der Berufstätigkeit die materielle Unabhängigkeit. Auch der Aspekt der eigenen Altersversorgung gehört zu den wesentlichen Vorteilen, wie auch, daß man durch die Berufstätigkeit mit anderen Menschen zusammenkommt und das Leben interessanter wird. Daß sich die Familie durch die Berufstätigkeit der Mutter mehr leisten kann, ist nur für 10 % der Befragten relevant. Auf die Lebenseinstellung wirkt sich die Berufstätigkeit jedenfalls positiv aus: Frauen mit Erwerbstätigkeit sind generell „zufriedener“ als Frauen ohne. Und den höchsten Grad an Lebenszufriedenheit erreichen berufstätige Mütter<sup>12</sup>.

Mit Abstand als größter Nachteil der Berufstätigkeit wird die nervliche Belastung durch die multiplen Aufgaben in Beruf, Familie und Haushalt gesehen. Zu wenig Zeit für die Familie, für gesellige Kontakte, für den Partner, den Haushalt und generell zu wenig Freizeit sowie gesundheitliche Belastungen sind die Schattenseiten des Berufslebens.<sup>13</sup> Berufstätige Frauen leiden zweifellos mehr an Streß als nicht berufstätige. So sind 63 % der extrem gestreßten Frauen erwerbstätig, aber nur 30 % der Frauen, die sich nicht gestreßt fühlen.

In einer Studie unter Frauen wurde die Meinung zur Berufstätigkeit ja oder nein und in welcher Intensität erhoben. Dabei meinten nahezu drei Viertel der Befragten, daß eine Frau möglichst immer berufstätig sein sollte, nur 9 % sind vom Gegenteil überzeugt. Je jünger, je besser gebildet und je höher

das Einkommen, desto stärker sprechen sich die Frauen für die permanente Teilhabe am Erwerbsleben aus. Die Berufstätigen mit Kind und jene, die in Mutterkarenz sind, wurden nach ihrem eigenen Rollenverständnis gefragt. Nur 12 % verstehen sich in erster Linie als Hausfrau, aber 63 % sehen sich als berufstätige Frau. Nur 12 % der berufstätigen bzw. karenzierten Mütter würden ihren Beruf aufgeben, falls ihr Mann mehr verdienen würde.<sup>14</sup>

Summa summarum zeigt sich, daß Frauen die außerhäusliche Berufstätigkeit sehr schätzen und außer Haus berufstätig sein wollen. Doch sie haben es nicht leicht. Denn Frauen erleben auch an der Wende zum 21. Jahrhundert Benachteiligungen im Berufsleben.

Es kann dabei nicht grundsätzlich von einer Schlechterstellung der Frau auf dem Arbeitsmarkt gesprochen werden. In einer Studie aus dem Jahre 1993<sup>15</sup>, die sich u.a. mit den unteren Einkommensschichten beschäftigte, wurde festgestellt, daß in rund 16 % aller Fälle Frauen in ihrem Beruf mehr verdienen als Männer (beispielsweise Sekretärinnen); in einem Drittel der Fälle herrscht Gleichheit der Gehälter (z.B. im öffentlichen Dienst), allerdings gilt für mehr als die Hälfte der Fälle, daß Frauen einkommensmäßig benachteiligt sind. 1999 lag das Brutto-Einkommen der Österreicherinnen im Schnitt 31,72 % unter den Männerlöhnen, was eine Verschlechterung zu den Jahren davor bedeutet, denn 1997 betrug die Differenz 31,05 %, 1998 31,64 %. In absoluten Zahlen bedeutet das: Die weibliche Angestellte verdiente 1999 im Schnitt 22.206,- ATS, ihr Kollege aber 36.946,- ATS; Die Arbeiterin kam auf 16.027,- ATS, der Arbeiter erhielt 25.836,- ATS<sup>16</sup>.

In Westdeutschland verdienen Frauen rund 77 % vom Bruttostundenlohn der Männer, in den neuen Bundesländern, wo Frauen in der Erwerbstätigkeit einen jahrzehntelangen Vorsprung gegenüber ihren Kolleginnen im Westen hatten, sind es 90 %.

Man könnte jetzt als Erklärung für diese Diskrepanz anführen, daß jene Berufssparten, wo traditionell Frauen arbeiten, einfach schlechter entlohnt sind. Dies ist zutreffend, aber nicht der einzige Grund für die Diskrepanz. Denn interessant ist, daß in Unternehmen, die über einen hohen Anteil an weiblichen Führungskräften verfügen, das Einkommensniveau aller Spitzenleute, egal welchen Geschlechts, niedriger als in anderen Unternehmen ist: Das niedrigere Gehaltsniveau der Frauen zieht auch die Bezahlung der Männer in Mitleidenschaft<sup>17</sup> und zeigt, daß das Geschlecht eine Rolle bei der Bezahlung spielt.

Berufstätigen Frauen ist diese benachteiligende Situation sehr wohl bewußt, und sie ist für die meisten Frauen daher auch das bestimmende Thema im Bereich der Gleichberechtigung. Für 80 % der Frauen ist die ungleiche Bezahlung zwischen Männern und Frauen ein gravierendes Problem, nur für 4 % ist es keines.<sup>18</sup>



Benachteiligungen im Berufsleben erfahren Frauen vor allem auch, wenn es um den Aufstieg in Führungspositionen geht: So findet sich in keinem einzigen der 30 im deutschen Aktienindex DAX verzeichneten Spitzenfirmen eine Frau im Vorstand<sup>19</sup>, bei den Top 500-Unternehmen der Welt liegt der Frauenanteil in der obersten Führungsebenen unter 4 %<sup>20</sup>. Nur 5 % der Führungskräfte im Top-Management großer Unternehmen sind in der Bundesrepublik Deutschland weiblich, womit die Bundesrepublik Deutschland ein Schlußlicht im internationalen Vergleich bildet. Bei knapp 8 % liegt ihr Anteil im mittleren Management. Im Vergleich dazu besetzen Frauen in Frankreich jede fünfte Führungsposition, in Großbritannien sind 16 % der Manager weiblich. Im Schnitt der EU sind es 13 %.<sup>21</sup> Daß die Situation für deutsche Frauen schwieriger ist als für ihre Kolleginnen in anderen EU-Ländern zeigt auch eine Umfrage, wonach 22 % der Befragten glauben, daß sie die gleichen Karrierechancen wie ihre männlichen Kollegen haben, in Italien sind es im Vergleich dazu 65 %.<sup>22</sup>

Aufgeschlüsselt auf Alter, Lebensarbeitszeit und Ausbildung läßt sich erkennen, daß Frauen vor allem aufgrund zeitweiligen Pausierens, aufgrund der „Babypause“ Einkommenseinbußen und Verzicht auf Führungspositionen hinnehmen müssen. Faktum ist:

1. Frauen erbringen Erziehungs- und Familienarbeit.
2. Weil Frauen die Erziehungs- und Familienarbeit erbringen bzw. weil von allen Frauen, unabhängig von deren jeweiliger individueller Lebensplanung, erwartet wird, daß sie (irgendwann einmal) familienebedingt verhindert bzw. eingeschränkt sein werden, werden sie am Arbeitsmarkt als zweitrangig behandelt und primär als Dazuverdienerinnen betrachtet.
3. Weil Frauen am Arbeitsmarkt unter dem Hinweis auf ihre höhere Beanspruchung durch familiäre Pflichten von höheren Positionen ferngehalten werden, entscheiden sie sich wohl leichter als ihre männlichen Kollegen, aber immer seltener für die Familienarbeit (und damit für Kinder) und verzichten auf qualifizierte, verantwortungsvolle und entsprechend entlohnte Tätigkeiten, auf entsprechendes Einkommen, Karriere und Pensionsanspruch.

Die Folgen davon für die Frauen zeigen sich neben dem Einkommen bei den Pensionen besonders deutlich, wo die Schere zwischen Männern und Frauen besonders weit auseinanderklafft; Sie vergrößert sich sogar. War bis 1996 der Anteil der Frauenpensionen bei den Neuzugangspensionen kontinuierlich auf 64,9 % an den Männerpensionen gestiegen, gab es bis 2000 ein Absacken auf 55,3 %. 2000 betrug somit die monatliche Durch-

schnittspension bei den Neuzugängen der Männer 17.838,- ATS brutto, bei den Frauen 9.866,- ATS.<sup>23</sup>

Hinsichtlich möglicher Schwangerschaft sei erwähnt, daß die Frauen hier mit vorschnellen Vorurteilen konfrontiert sind: Ein Ausfall aufgrund von Schwangerschaft und Karenz ist für den Arbeitgeber ein Problem, daran kann nicht gerüttelt werden. Der Arbeitgeber muß daher eine bestmögliche Absicherung gegen den raschen Ausfall eines neuen Mitarbeiters suchen, denn er hat er i. d. R. vorerst in diesen Mitarbeiter investiert, ehe das Unternehmen von ihm profitiert. Die Schwangerschaft einer Mitarbeiterin birgt für den Arbeitgeber damit die Gefahr von zusätzlichen Kosten, die Beachtung einer möglichen Schwangerschaft, d.h. das Nicht-Einstellen einer jungen Frau, weil sie schwanger werden könnte, ist aus der Sicht des Arbeitgebers logisch. Dieses Verhalten ist aber nur auf den ersten Blick verständlich. Es wird nämlich durch die heutige Situation auf dem Arbeitsmarkt mehr als relativiert. Denn von den Beschäftigungsverhältnissen, die pro Jahr unterbrochen oder beendet werden, ist eine Schwangerschaft in weniger als 4 % die Ursache; die meisten Dienstnehmer scheiden freiwillig aus oder werden gekündigt<sup>24</sup>. Doch trotz dieser Realität, sind die Vorurteile, wonach primär eine Schwangerschaft, nicht ein freiwilliges Ausscheiden oder eine Kündigung das Problem darstellt, maßgebend. Und die Frauen, die generell eine höhere Treue zu einem Arbeitgeber vorweisen können, sind dabei die Benachteiligten. Mehr als 8 von 10 befragten Frauen betrachten die Benachteiligung bei der Arbeitsplatzsuche, weil sie Kinder bekommen könnten, als besonders schwerwiegendes Problem; nur 3 % halten dies für kein Problem.<sup>25</sup>

Im Zusammenhang mit der Problematik der Berufstätigkeit und Karriere von Frauen blieb noch ein Aspekt unberücksichtigt, dem in der Vergangenheit große Bedeutung zukam: die Ausbildung. Schließlich ist es die Ausbildung, die maßgebend über Einkommen und Karriere entscheidet. Von der Ausbildung her können heute junge Frauen und jene im mittleren Alter mit den Männern mithalten. Die Mehrheit der Maturanten und knapp ein Drittel der Schüler in berufsbildenden höheren Schulen sind heute weiblich. Unter den Studierenden an allen österreichischen Universitäten bzw. Kunsthochschulen betrug der Frauenanteil bei den Studienabschlüssen beispielsweise im Sommersemester 1994 42,4 %<sup>26</sup>. Aber Ausbildung ist nicht gleich Ausbildung. Technische Berufe sind schlicht besser entlohnt und bieten bessere Karrierechancen als etwa geisteswissenschaftliche, wo aber Frauen verstärkt tätig sind. Um dieser Tatsache Rechnung zu tragen, wurde eine Studie speziell für einzelne Berufssparten durchgeführt mit dem Ziel, die Karriere bei Männern und Frauen zu vergleichen. Es zeigte sich im Vergleich der

beruflichen Tätigkeiten z.B. im Angestellten- und Beamtenbereich, daß zwar beinahe alle männlichen Akademiker ihrer Qualifikation entsprechend in höheren und hochqualifizierten Tätigkeiten eingesetzt werden, nämlich 96,2 %, die weiblichen Akademiker jedoch nur knapp zu zwei Drittel.<sup>27</sup>

Aufgrund der nun aufgezählten Benachteiligungen setzen Politiker vieles daran, Frauen im Berufsleben zu fördern, ja mancherorts zu bevorzugen. Beispielsweise ist an den österreichischen Universitäten und Hochschulen gesetzlich vorgeschrieben, bei Stellenbewerbungen Frauen bei gleicher Qualifikation Männern zu bevorzugen. Darüber hinaus schreibt das Gesetz vor, daß eine Stellenausschreibung, wo sich keine Frau bewirbt, so lange zu wiederholen ist, bis eine Bewerbung einer Frau vorliegt. Doch es erscheint der Autorin als kontraproduktiv, in den Wettbewerb und die Wirtschaft hineinzueregieren, um Frauen in der Berufstätigkeit zu fördern. Will man den Benachteiligungen entgegensteuern, so muß man einen angemessenen und fairen Wettbewerb für alle herstellen. Eine Quotierung, wie eingangs für die politischen Parteien dargestellt, oder gesetzlich festgeschriebene Bevorzugen schaden den Frauen mehr als sie nützen.

## **Kinder**

Die Behandlung des Themas der Frauenberufstätigkeit umfaßt stets ein weiteres: es ist das Thema Kinder.

Kinder sind bei der Arbeitsplatzsuche ein Entscheidungskriterium, sie sind oft Ursache für Schwierigkeiten in der Karriere, sie sind relevant für Gehalt und Pension. Die sogenannte Frauenfrage ist damit tatsächlich immer auch eine Kinderfrage, auch wenn das viele Zeitgeistige nicht wahrhaben wollen, ja es sogar bestreiten. Die Autorin betrachtet es auch als natürlich, daß die Kinderfrage mit der Frauenfrage gekoppelt wird, denn schließlich ist es die Frau, die das Leben schenkt, neun Monate körperlich eine Veränderung erlebt und auch nach der Geburt medizinisch nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Darüber hinaus hält die Autorin das Mutter- oder Vatersein nicht für vertauschbare Rollen, sondern für „Berufe“, für die wir durch unsere Hormone und Instinkte verschieden vorbereitet sind. Die medizinisch als lebenswichtig bewertete Bindung des Kindes an eine Bezugsperson erfolgt i.d.R. an die Mutter. Nicht nur, weil es die Mutter ist, die sich i.d.R. um das Kind intensiver kümmert, es ist durch die Natur bereits so festgelegt. So kann ein Neugeborenes nicht sehen, wohl erkennt es aber seine Bezugsperson an der Stimme; Es erkennt die Stimme der Mutter, die es bereits im Mutterleib vernommen hat, nur selten auch die des Vaters. Das Kind erkennt auch den individuellen mütterlichen Geruch. Es sind dies die notwendigen und lebenswichtigen Bindeglieder zur Welt, über die sich das Kind anfangs orientiert, und sie gehen über die Frau, nicht über

den Mann. Für die Autorin ist es daher eine weltfremde Einstellung, das Thema „Frau“ vom Thema „Kind“ bzw. „Familie“ strikt zu trennen und es zu einem Thema zu machen, das Mann und Frau gleichermaßen betrifft.

Wenn man statistische Angaben betrachtet, so gibt es gar viele Familien. Das rührt aus dem sehr weit gefaßten Familienbegriff, der die Basis für statistische Erhebungen ist. In der Statistik gelten für die „Familie“ nicht im klassischen Sinne „Vater – Mutter – Kind(er)“. Als „Familie“ gelten vielmehr einerseits Ehepaare oder Lebensgemeinschaften mit oder ohne Kind(er) und andererseits Elternteile (=Alleinerziehende) mit Kindern. „Kinder“ nach dem Begriff der Familienstatistik sind alle mit ihren Eltern im selben Haushalt lebenden leiblichen, Stief- und Adoptivkinder, die selbst noch ledig sind bzw. selbst noch keine Kinder haben – ohne Rücksicht auf Alter und Berufstätigkeit. Demnach gab es 1998 in Österreich rund 2,256.600 Familien; davon sind 51 % Ehepaare mit Kindern, 37 % noch oder schon wieder kinderlos und 12 % Teilfamilien (241.900 alleinerziehende Mütter und 34.400 alleinerziehende Väter). 9 % aller Familien bzw. 15 % der Familien mit Kindern haben drei oder mehr Kinder.

Die Kinderfamilie ist jedoch Ziel der Bevölkerung. Das Ideal für das private Glück ist für 90 % der 20- bis 39-jährigen Österreicher und Österreicherinnen eine eigene Familie mit zwei bis drei Kindern. Nur 1 % lehnen Kinder dezidiert ab<sup>28</sup>. Bekamen Menschen früher Kinder unter anderem, um im Alter ökonomisch abgesichert zu sein, sind es heute andere Gründe: Am häufigsten – für zwei Drittel relevant – werden genannt „Durch Kinder bekommt das Leben einen Sinn“ und „Kinder helfen einem, sich selbst weiterzuentwickeln“. 93 % stimmten der Aussage zu, daß es die größte Freude im Leben ist, zu beobachten, wie die eigenen Kinder heranwachsen, 55 % meinen, daß kinderlose Menschen ein verhältnismäßig leeres Leben führen. „Kinder bringen die Partner einander näher“ und weniger Einsamkeit im Alter zählten für 44 % als entscheidend für die Zeugung von Kindern.<sup>29</sup>

Soweit zur Idealvorstellung. Doch das Ideal entspricht bei weitem nicht der Wirklichkeit, denn Österreich und die Bundesrepublik Deutschland zählen zu den Staaten mit der geringsten Fertilität bei weiter sinkender Tendenz. Eine Untersuchung unter den 20- bis 39-jährigen, also jenen Österreichern, die im Alter einer üblichen Familiengründung sind, ergab, daß 44 % der Befragten jetzt und in absehbarer Zeit nicht daran denken, den Kinderwunsch umzusetzen. 8 % beabsichtigen gar, ihr ganzes Leben lang kinderlos zu bleiben. Der grundsätzliche Wunsch nach Kindern bleibt also bei mehr als der Hälfte unerfüllt.<sup>30</sup>

Ein deutlicher Rückgang der Kinderzahlen erfolgte bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Mitte der 30-er Jahre lag die Kinderzahl bei 1,5 Kindern pro Frau. Mit dem „Baby-Boom“ Ende der 30-er und Anfang der 40-er Jahre und daraus resultierend auch in den 60-er Jahren stieg die Kinderzahl wieder auf über zwei Kinder pro Frau. 1965 wurde die Antibabypille eingeführt. Sie und andere moderne Antikonzeptiva, mit denen die Frauen erstmals ein sicheres Mittel in Händen hatten, unerwünschte Kinder zu verhindern, waren die wesentliche Voraussetzung für die Talfahrt der Geburtenrate in den letzten 30 Jahren. In Westdeutschland etwa führten sie zwischen 1965 und 1975 fast zu einer Halbierung der Geburtenzahl. Zum letzten Mal lag die Kinderzahl pro Frau 1972 über der Grenze von 2,0. Seit Mitte der 70-er Jahre bewegte sich die Kinderzahl – auch verschärft durch die legale Möglichkeit zur Abtreibung<sup>31</sup> – im Schnitt bei 1,5 je Frau, bis sich der Trend seit 1993 weiter unten einpendelte. Im Jahr 2000 wurden in Österreich insgesamt 78.266 Kinder geboren, was einer Kinderzahl von 1,32 pro Frau entspricht und den niedrigsten jemals in Österreich beobachteten Jahreswert darstellt. Im ersten Halbjahr 2001 hat sich die Situation weiter verschärft: Die Geburtenzahl sank um 3,7 %. Die vorläufige Zahl der lebend geborenen Kinder in Österreich (36.882) war um 1.404 geringer als im ersten Halbjahr des Jahres 2000 (38.286). Auch die durchschnittliche Geburtenzahl je Frau war im ersten Halbjahr 2001 um 1,4 % niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.<sup>32</sup> Zu beachten ist hierbei, daß diese Zahlen über alle österreichischen Staatsbürger errechnet werden, also die zahlreichen eingebürgerten Frauen, die eine höhere Geburtenrate aufweisen, beinhaltet; Bei den deutschen Österreicherinnen liegt eine Geburtendefizit von 0,9 vor. Als Gründe für diesen deutlichen Rückgang nennen die Experten die ständig sinkende Zahl an potentiellen Müttern, also die Nachwirkungen aus dem Beginn des Geburtenrückganges in den 70-er Jahren.

Die Kinderzahl liegt für die zuletzt abgeschlossene Periode, für das Jahr 2000 bei 1,32, heuer dürfte sie sogar noch unterschritten werden. Die Folgen des Fehlens der Kinder sind einerseits einer Überalterung der Gesellschaft und andererseits die rapide Schrumpfung des Volkes, weil die derzeitige Elterngeneration nur zu 66 % durch die Kindergeneration „ersetzt“ wird. 2050 werden beispielsweise die heute etwa 7 Mio. ethnischen Deutschen in Österreich auf 5,5 Mio. geschrumpft sein. Wenn keine Trendumkehr eintritt, werden 2100, also in 100 Jahren, in Österreich gerade noch 1,9 Mio. Deutsche leben.

Der Familienbericht Baden-Württembergs aus dem Jahr 1998 beispielsweise sieht die Ursachen für die zunehmende Kinderlosigkeit in den deutschen Familien und für die rückläufige Zahl der Kinder in der Lebenssituation

der jüngeren Menschen. Ein ungenügendes Einkommen, die Anforderungen und Erwartungen im Beruf für beide Geschlechter, die ungesicherte Arbeitsplatzsituation und die beruflich geforderte Mobilität erschweren die Entscheidung für bzw. für mehr Kinder oder bewirken generell eine Lebensausrichtung ohne Kinder. Diese Beurteilung deckt sich mit den Umfragen in Österreich. Hier werden als meistgenannte Gründe gegen Kinder vor allem die zu hohe finanzielle Belastung und ungeeignete Wohnverhältnisse sowie die Unvereinbarkeit mit einer Erwerbstätigkeit i.d.R. für die Frau genannt. Daß Kinder auch Probleme machen, ist für die Menschen, die bereits „Erfahrungen“ gesammelt hatten, also schon Kinder haben, so gut wie nie ein Grund, keine weiteren zu bekommen.<sup>33</sup>

### **Lebenssituation der Familien**

Das Lebenszeitbudget hat sich im Vergleich zu früher deutlich verändert, da Haushaltsführung, Verkehr, Arbeit heute sehr viel weniger Aufwand als früher erfordern. Verändert hat sich jedoch nicht der Aufwand für die Betreuungsarbeit bei Kindern, die Zeit, die Kinder zur Entwicklung und Entfaltung einer guten Persönlichkeit benötigen. Im Gegenteil, durch die immer höheren Ansprüche an Ausbildung und Zusatzqualifikationen ist die benötigte Zeit für Kinder ja sogar gestiegen.

Stark vereinfacht lassen sich die Möglichkeiten für berufstätige Eltern, dieser Verantwortung gerecht zu werden, in zwei Verhaltens-Kategorien darstellen: Betreuungstätigkeit und Berufarbeit werden nacheinander ausgeübt (Ein-Rollen-Modell), oder sie finden nebeneinander statt (Zwei-Rollen-Modell). Die Analyse von Lebensbiographien zeigt, daß von dieser grundsätzlichen Entscheidung in erster Linie die Frauen betroffen sind. Es sind nahezu ausschließlich die Mütter, die nach der Geburt eines Kindes in den Erziehungsurlaub gehen, nur 1,5 % der Männer gehen beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland auf Karenz. Ihr beruflicher Werdegang ist von der Geburt und vom Heranwachsen eines Kindes kaum beeinflusst. Die Verantwortung für die Kinder und folglich der Großteil der Arbeiten bleibt bei den Frauen. Männer „wissen“ allerdings um diese unbezahlt geleistete Arbeit von Ehefrauen und Partnerinnen und gestehen es sich, insbesondere Männer in Führungspositionen, auch ein, daß sie darauf angewiesen sind. Ihnen ist bewußt, daß Ehefrauen und Partnerinnen als Erwerbstätige in aller Regel selbst keine Person im Hintergrund haben, die ihnen die Sorge um sich selbst und um Familienangehörige abnimmt.<sup>34</sup>

Um die multiplen Aufgaben, die mit der Geburt des Kindes für Jahre eingegangenen wurden, erfüllen zu können, reduzieren daher die meisten Frauen ihre Erwerbstätigkeit und arbeiten teilzeit, oder sie verzichten ganz auf den

außerhäuslichen Beruf. So ist etwa jede zweite erwerbstätige Frau zwischen 20 und 54 Jahren mit Mann und Kindern teilzeitbeschäftigt<sup>35</sup>. Entscheiden sich die Mütter für Kinder und Beruf, so steht rasch die Mehrfachbelastung durch Beruf, Kinderbetreuung und Haushalt im Vordergrund. Diese Situation steht in mindestens der Hälfte der Familien in Österreich auf der Tagesordnung. Familienarbeit und Kinderbetreuung bleiben nämlich auch dann Frauenangelegenheit, wenn die Mutter zum Gelderwerb beiträgt.

Grundsätzlich werden rund 80 % der Familienarbeit von Frauen geleistet, ungeachtet dessen, ob neben den Kindern auch der Beruf zu bewältigen ist. Eine Untersuchung im Rahmen des Österreichischen Familienberichtes 1999 hat nachgewiesen, daß Männer, die die traditionell geschlechtsspezifische Arbeitsteilung negativ bewerten, die also für absolute Gleichheit plädieren, nicht mehr im Haushalt arbeiten als die Männer, die die traditionelle Arbeitsteilung befürworten. Über alle Frauen gerechnet, also einschließlich der 600.000 „nur“-Hausfrauen in Österreich<sup>36</sup>, arbeiten Frauen im Haushalt dadurch durchschnittlich 15 Stunden mehr pro Woche als Männer. Das ergibt pro Jahr eine Mehrarbeit von einem Monat. Aktuelle Schätzungen kommen zu dem Ergebnis, daß sich der Wert der Familienarbeit, also für Haushalt, Kindererziehung, -pflege, usw., in Österreich pro Jahr mit rund 800,- Milliarden ATS beziffern läßt, das sind fast 100.000,- ATS pro Österreicher<sup>37</sup>. In einem Urteil des Obersten Gerichtshofes wurde die Arbeit einer Hausfrau und Mutter von zwei Kindern mit monatlich 22.000,- ATS bewertet<sup>38</sup>. Frauen, die als Preis für die Familie ganz oder teilweise auf eine Erwerbstätigkeit verzichten, sind bis zu 100 % von Einkommensverlusten, Dequalifikationsprozessen sowie dem Verlust von Karrierechancen betroffen. Sie begeben sich in finanzielle Abhängigkeit vom Ehemann und tragen die Risiken, z.B. wenn der Familien(haupt)ernährer frühzeitig stirbt. Dazu kommt bei der derzeitigen Sozialpolitik der Verlust einer eigenständigen sozialen Absicherung. Eine in der Schweiz in Auftrag gegebene Studie<sup>39</sup> stellte fest, daß verheirateten Müttern ein Kind durchschnittlich sieben Vollerwerbsjahre, zwei Kinder zehn und drei Kinder elf Berufsjahre kosten. Einkommensmäßig bedeutet das, daß beim ersten Kind das Lebenseinkommen um 18 % im Gegensatz zur Kinderlosigkeit sinkt, beim zweiten um 26 % und beim dritten um 28 %. Auch die Tatsache, daß viele Mütter zugunsten ihrer Kinder gutbezahlte Arbeitsstellen aufgeben, um ihre freie Zeit optimal für den Nachwuchs nützen zu können, wird in der Schweizer Studie berücksichtigt. Als Beispiel wird die gutausgebildete Krankenschwester genannt, die eine unterqualifizierte – und natürlich auch schlecht bezahlte – Arbeit annimmt, weil die Arbeitszeiten besser mit Kindern vereinbar sind. Fazit der Schweizer Studie: eine Mutter von drei Kindern verdient in ihrem Berufsleben etwa die Hälfte von dem, was sie kinderlos lukrieren könnte.

Die meisten Frauen sind dadurch in ihrem Leben mit Vereinbarkeitsproblemen bzw. überhaupt der Entscheidung zwischen Familie und Eigenständigkeit, zwischen Kindern und Beruf, zwischen autonomer sozialer Absicherung und Abhängigkeit, zwischen halbwegs kontinuierlichem oder geringem Familieneinkommen konfrontiert.

### **Das österreichische Kindergeld**

Österreich startet daher ab nächstem Jahr ein Experiment. Auf Antrag der Freiheitlichen wird in gut zwei Monaten das sogenannte Kindergeld eingeführt.

Was ist der Hintergrund? Für die meisten Kinderfamilien gilt, daß sie mit und ohne außerhäuslicher Erwerbsarbeit der Mutter zur einkommensmäßig benachteiligten Bevölkerung zählen. Dazu kommt, daß gegenwärtig der persönliche Wohlstand über den Wert der Familie gestellt wird. Das Argument „Sich-ein-Kind-nicht-leisten-Können“ ist in allen Gesellschaftsschichten anzutreffen, was freilich nicht bedeutet, daß die Ernährung oder Ausbildung eines Kindes nicht gewährleistet werden kann, so wie es in unserer Großeltern- oder sogar noch Elterngeneration oft der Fall war. „Sich-ein-Kind-nicht-leisten-Können“ bedeutet heute in vielen Fällen, daß der selbstverständlich gewordene Konsum infolge der Kosten, die das Aufziehen eines Kindes verursacht, eingeschränkt werden muß. Dazu sind viele nicht bereit. Erst bei mehreren Kindern erreichen die Belastungen die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit der Familien. So gilt bereits jede vierte Familie mit drei Kindern (27,7 %) als armutsgefährdet.<sup>40</sup>

Das finanzielle Defizit der Kinderfamilien stellt sich umso krasser im Vergleich zu Paaren ohne Kinder dar. Dieses Defizit ist in Österreich vor allem mit dem Einkommenssteuergesetz von 1972 augenfällig geworden. Damals erfolgte die völlige Abkehr von der Zusammenveranlagung der Ehepartner zugunsten einer ausnahmslosen Einzelbesteuerung, sie begünstigt die Alleinstehenden und brachte den Familien eine Einkommenskürzung um fast die Hälfte.<sup>41</sup> Die Einzelbesteuerung schuf Einkommensverhältnisse, die es erfordern, daß einerseits in einer Familie beide Ehepartner, auch wenn die Kinder noch sehr klein sind, einer außerhäuslichen Erwerbsarbeit nachgehen müssen, da es finanziell anders nur schwer bzw. nur mit großen Einschränkungen zu schaffen ist. So sind daher beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland, wo die Verhältnisse ähnlich liegen, fast zwei Drittel von den Müttern im erwerbsfähigen Alter mit einem oder mehr minderjährigen Kindern erwerbstätig. Dazu kommen etliche Mütter, die eine Arbeit suchen, sodaß insgesamt der Anteil der Mütter, die eine Erwerbstätigkeit ausüben oder suchen, bei 70 % liegt.<sup>42</sup> Andererseits muß der Staat mit Ausgleichs-



zahlungen eingreifen und macht die Familien zu Almosenempfängern. Eine europaweite Studie<sup>43</sup> belegte, wie die derzeitige Steuer- und Entlohnungssituation die Familien von staatlichen Zahlungen geradezu abhängig macht. Bei den einkommensschwachen Familien trugen beispielsweise die Sozialleistungen zu einem Drittel zum Einkommen bei. Das Pro-Kopf-Einkommen von Alleinerzieherfamilien wurde z.B. in manchen Regionen durch die Unterstützungen der öffentlichen Hände auf 203 % angehoben.

Vor dem Hintergrund der Armutsgefährdung und vielleicht auch aufgrund der Erkenntnis, daß ohne Kinder das Land ausstirbt, wurde in Österreich jahrelang über das freiheitliche Kindergeld diskutiert. Durch die Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen Partei wird es nun am 1.1.2002 eingeführt.

Für jedes Kind, das ab 1. Jänner 2002 zur Welt kommt, erhält die Mutter monatlich 6.000,- Schilling Kindergeld. War das Karenzgeld bisher an einen Beruf gebunden, so bekommen jetzt auch Hausfrauen, Studentinnen und Schülerinnen und auch die Ausländerinnen das Kindergeld. Sie hatten bisher keinen Anspruch auf Karenzgeld. Ebenso bekommen Selbstständige, Bäuerinnen und geringfügig Beschäftigte das Kindergeld, die bisher nur 50 % des Karenzgeldes erhielten. Das Kindergeld bekommt man für das jeweils letzte Kind, also nicht pro Kind. Es kann insgesamt drei Jahre lang beansprucht werden, wobei ein Partner maximal 30 Monate, der andere sechs und die Restmonate Anspruch anmelden kann (Karenzgeld bisher 18 + 6 Monate). Wer neben dem Bezug des Kindergelds arbeiten will, kann jetzt bis zu brutto 200.000,- ATS im Jahr dazuverdienen (bisher Geringfügigkeitsgrenze von 48.912,- ATS). Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz beträgt wie beim Karenzgeld 24 Monate. Neu ist: Während des Bezuges von Kindergeld werden für die Pension 18 Monate als Beitragszeiten und maximal bis zum vierten Geburtstag des Kindes sogenannte „Ersatzzeiten“ angerechnet.

Mit Bekanntgabe der Einführung des Kindergeldes zündete die Regierung Salutschüsse. Sie nannte die Einführung des Kindergeldes einen „Quantensprung“ und „Meilenstein“, die Opposition dagegen „Falle für Frauen“ oder „Heimchen-am-Herd-Prämie“. Was ist daher wirklich am Kindergeld dran? Für alle berufstätigen Frauen – und die meisten Frauen im gebärfähigen Alter sind berufstätig – ändert sich wenig. Bislang erhielt man 5.760,- ATS Karenzgeld, ab nun erhält man um 240,- ATS pro Monat mehr. Sicherlich, die Möglichkeit dazuverdienen zu können, ist ein entscheidendes Vorteil, zumal das frühere Karenzgeld praktisch einem Beschäftigungsverbot gleichkam – aber dies ist kein Quantensprung. Nachdem nur die ersten

18 Monate echte Beitragszeiten für die Pension darstellen, liegt die Vermutung nahe, daß die meisten Frauen nach den 18 Monaten wieder in den Beruf einsteigen werden. Es ändert sich somit zur bisherigen Karenzregelung wenig. Das Kindergeld stärkt damit weder die Berufschancen noch die Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf, wie es von der Regierung belobt wird. Und durch die Gewährung des Kindergeldes auch an Ausländerinnen entsteht darüber hinaus massiver Unmut in der Bevölkerung.

### **Vom Ist-Zustand zur Zukunft: Wie wird es weitergehen?**

Was die Zukunft für die Frauen und Familien betrifft, so gibt es unzählige Untersuchungen und Prognosen:

- Es wird allgemein angenommen, daß sich der Trend der letzten Jahrzehnte fortsetzen und der Anteil der Frauen im Berufsleben weiter ansteigen wird.
- Noch bestehende Benachteiligungen von Frauen im Berufsleben hinsichtlich Entlohnung und Chancengleichheit in der Karriere sollen abnehmen.
- Die Individualisierung in der Gesellschaft wird verstärkt fortschreiten. Dabei muß ausgeführt werden, daß sich die Gruppe der einsamen Menschen aus den freiwillig Alleinlebenden und der großen Anzahl an unfreiwillig einsamen Menschen zusammensetzt. Dieses Problem der Vereinsamung auch schon in der jungen Generation wird heute noch kaum thematisiert und mag mit ein Grund für die Problematik der sinkenden Geburtenzahlen sein.
- Was die Partnerschaft zwischen Mann und Frau betrifft, wird sich die Gleichberechtigung beider Teile weiter durchsetzen.
- Die Tendenz der sinkenden Geburtenraten wird anhalten. Mit den nachwachsenden geburtenschwachen Jahrgängen der 70-er und folgenden Jahren nimmt die Zahl der potentiellen Mütter (und Väter) stetig und stark ab.<sup>44</sup> Im Jahre 2100 wird die deutsche Bevölkerung in Österreich nach demographischen Berechnungen auf rund 27 % geschrumpft sein.
- Was die Familien betrifft, so wird es zur Spaltung der Lebensformen zwischen traditionell familienorientierten und berufs- bzw. karriereorientierten Teilen der Bevölkerung kommen. Eine derartige Spaltung in familienorientierte und berufs- bzw. karriereorientierte Frauen wird nicht in allen Schichten stattfinden. Es wird angenommen, daß der Verzicht auf Kinder in erster Linie weiterhin im Akademikermilieu, in den höheren Bildungsschichten und im Mittelstand ansteigen wird, also in jenen Gesellschaftsschichten, die als Träger des Kreativitätspotentials anzusehen sind.<sup>45</sup>

## **Vom Ist – Zustand zur Zukunft: Wie kann es weitergehen?**

Die publizierten Prognosen zeichnen ein positives Bild für die Zukunft, was die Stellung der Frau in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik betrifft. Im Folgenden wird ein Zukunftsbild entworfen, das alle diese Belange einschließt und hinsichtlich der privaten Zielvorstellung, nämlich der Erfüllung des existierenden Kinderwunsches, zu einer anderen Zukunft, als der eben geschilderten, führen kann.

Die Wirtschaft muß aus 100 % der Fähigkeiten und Erfahrungen aller potentiellen Arbeitnehmer wählen, wenn sie im wachsenden Konkurrenzkampf bestehen und den Herausforderungen der Globalisierung gewachsen sein will. Sie benötigt daher die qualifizierten und leistungswilligen Arbeitnehmer unabhängig vom Geschlecht und verzichtet bzw. kann auf die Frauen nicht mehr verzichten. Außerdem führt die 30-jährige Abnahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter früher oder später zu einer Belastung des Arbeitsmarktes, was heute jedoch mehr als Argument für noch mehr Zuwanderung als für mehr Kinder verwendet wird. Wie die Beschäftigungsreserven genutzt werden können, darüber stellen zahlreiche Wirtschaftler und Politiker derzeit Überlegungen an; sie peilen dabei, so es sich um die angestammte Bevölkerung handelt, primär die Frauen, daneben auch die Älteren und Teilzeitbeschäftigten an. Die Erwerbstätigkeit der Frau wird damit für die Wirtschaft eine immer größere Rolle spielen, auch spielen müssen.

Gleichzeitig werden Frauen die Möglichkeiten, die die Erwerbsarbeit jedem Arbeitnehmer, und nur dem Arbeitnehmer bietet, mit einer noch größeren Selbstverständlichkeit zur entgeltlichen Berufstätigkeit veranlassen. Frauen werden daher ohne Kinder jedenfalls, aber auch mit Kindern außerhäuslich berufstätig sein. Es ist ebenso berechtigt wie sinnvoll, daß Mütter, wenn die Kinder aus dem betreuungsintensiven Alter herausgewachsen sind, zumindest teilweise außer Haus erwerbstätig sind und ihre Fähigkeiten und Kräfte nun wieder in der Wirtschaft einsetzen. Darüber hinaus werden sich mehr als früher Frauen für die berufliche Karrierelaufbahn entscheiden. Sie werden alle Chancen erkennen und entsprechend einfordern und infolgedessen in höheren Positionen weniger als heute eine Ausnahme darstellen.

Die Zukunft wird es daher bringen, daß die Wirtschaft einerseits Frauen ruft und die Frauen andererseits fest in der außerhäuslichen Berufstätigkeit integriert sind. Doch es wird eher eine Ausnahmesituation darstellen, daß eine Frau mit Kindern die „große Karriere“ macht. Bei Befragungen von jüngeren Frauen ergibt sich noch das Bild, alles schaffen zu können: Kar-

riere, Kinder, Familie. Dies wird auch von den Medien als nicht nur machbar, sondern geradezu kinderleicht dargestellt. Beim Beruf wird suggeriert, daß eine „nur“-Mutter ohne außerhäusliche Berufstätigkeit nicht modern, abhängig, ja einfältig sei, schlicht in der 2. Reihe stehe, wie dies die österreichische Grünenpolitikerin Madeleine Petrovic ausdrückte. Zu dieser politisch korrekten Meinung gesellt sich die persönliche Erfahrung: die Zeit, die Mütter zur gedeihlichen emotionalen und geistigen Entwicklung in ihre Kinder investieren und die Erfahrungen aus dem Berufsleben führen zu dem Bewußtsein, daß Kinder und Karriere doch nicht so leicht zu vereinbaren sind, ohne daß einer der beiden oder die Frau größeren Schaden nimmt. Denn herausragende berufliche Spitzenpositionen erfordern enormen Zeiteinsatz und auch mentale Vereinnahmung außerhalb der Arbeitszeit, und dies ist mit Kindern i.d.R. nicht vereinbar. Will oder kann sich eine Frau der Mehrfachbelastung aus Karriere – Kindern und meist auch noch Haushalt nicht stellen, so ist – will sie dennoch beruflich erfolgreich sein – entweder der Ehemann zu Hause, kümmern sich die Großeltern um die Kinder oder die finanzielle Basis ist groß genug, um den Kindern eine bezahlte Ersatzmutter, ein Kindermädchen, anbieten zu können. Eine Mutter, deren Mann außer Haus berufstätig ist, die weder über Protektion noch materiellen Reichtum verfügt und die die Verantwortung für ihre Kinder persönlich wahrnimmt – und das ist die Regel –, erringt mit Kindern wohl auch in Zukunft kaum höhere Positionen. Möge das Modell „Frau als Mutter und Karrierefrau“ oft gelingen, als gesellschaftliches Modell, als allgemeine Gepflogenheit, ist es untauglich.

Für das gesellschaftliche Modell der Zukunft ist die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kindern wichtig. Beruf und Kinder müssen einander nicht ausschließen, wenn folgende Maßnahmen umgesetzt werden.

- 1) Forderung I: Anerkennung des Berufs „Mutter“. Mütter sollen die Wahlfreiheit besitzen, teil- oder vollzeit einem außerhäuslichen Beruf nachzugehen oder aber „als Mutter“ zu arbeiten. Wenn es sich ergibt und es besser für das oder die Kinder, für sie und die Familie ist, wenn die Mutter außerhäuslich berufstätig ist, dann soll sie einen solchen Beruf wählen. Aber wenn sie als Mutter ihrer Verantwortung gerecht werden will, soll sie auch die Möglichkeit haben, ihr Muttersein zu leben und den Beruf der „Mutter“ für die Jahre der intensiven Kinderbetreuung auszuüben. Der anzuerkennende Beruf der „Mutter“ würde rechtlich nicht nur alle Frauen und Männer gleichstellen, sondern auch die Frauen untereinander, ob sie einer außerhäuslichen oder häuslichen Arbeit nachgehen. Er holt die Mutter aus der Diskriminierung heraus und gibt ihr den Stellenwert in der Gesellschaft, der ihr zusteht. Zu diesem Modell, das die Mutterschaft zum befristeten Beruf erhebt,

bedarf es der gesellschaftspolitischen sowie der finanziellen und sozialen Steuerung, denn der Mutterberuf müßte alle Abgaben und Rechte eines Berufes haben, über ein der Leistung entsprechendes Erziehungsgehalt verfügen und zudem mit dem nötigen sozialen und gesellschaftlichen Prestige eines Berufes abgesichert sein.

Mit diesem Modell können dann die Eltern wirklich frei entscheiden: Vereinbarkeit von Familie und einem außerhäuslichen Beruf oder Vereinbarkeit für Familie und Beruf zu Hause. Letzteres ist für den Elternteil gedacht, Mutter oder Vater, der sich voll den Kindern widmen will, ist also geschlechtsneutral. Das Modell des befristeten Mutterschaftsberufes ist wohlbemerkt kein Rückfall in ein altes Rollenbild, sondern ein Fortschritt, der jede Frau die ihr gemäße Berufswahl treffen läßt.<sup>46</sup>

Was die Höhe des Erziehungsgebhalts betrifft, so ist das Karenzgeld, wie es die ehemals regierende Sozialdemokratische Partei Österreichs in ihrem Grundsatzprogramm im Dezember 1999 vorschlug, denkbar. Der SPÖ-Vorschlag sieht vor, daß das „Karenzgeld mittelfristig einkommensabhängig“ gestaltet werde, nämlich mit 80 % der Letztbezüge der Frau<sup>47</sup>. Dieser Vorschlag trägt der Problematik Rechnung, daß jeder einzelnen Familie der jeweils persönliche Verdienstengang weitgehend ausgeglichen wird. Mit der Forderung nach 80 % läßt sich für jede Familie ein vergleichbarer Lebensstandard aufrecht erhalten, was durch eine Pauschalabgeltung nicht erreicht werden kann. Für Studentinnen und alle Frauen, die vor der Schwangerschaft nicht erwerbstätig waren, denen also eine Bemessungsgrundlage fehlt, wäre ein Pauschalbetrag anzusetzen, der auf der Basis der als Hausfrau und Mutter wahrgenommenen Aufgaben als Tag- und Nachtarbeit zu berechnen ist.

Das Modell des einkommensabhängigen Erziehungsgebhaltes geht von der Orientierung am Kind und damit von der gleichen Pauschalzuwendung für jedes Kind ab und orientiert sich an der Mutter, die schließlich darüber entscheidet, ob sie einem Kind das Leben schenkt. Das einkommensabhängige Erziehungsgehalt wäre darüber hinaus ein wirkungsvoller Weg, vor allem gut ausgebildeten Frauen die Mutterschaft „schmackhaft“ zu machen und somit Paare aus dem als besonders kreativ geltenden Mittelstand und den höheren Bildungsschichten zur Familiengründung zu motivieren.

Die Auszahlungslänge muß sich an den Interessen des Staates orientieren. Zur Sicherung der Zukunft ist daher eine gestaffelte Befristung des Mutterberufes wünschenswert, die die Frauen zur Mehrkindfamilie motiviert. Beim ersten Kind soll der Mutterberuf mit 1,5 Jahren begrenzt, für das zweite und dritte Kind soll er mit 2 Jahren befristet sein, für das vierte und jedes weitere Kind soll das Erziehungsgehalt 6 Jahre ab Geburt aus-

bezahlt werden. Die Steigerung der Auszahlungslänge ab dem vierten Kind wird von der Autorin in Anbetracht der Tatsache angeregt, daß vier Kinder in vielen Bereichen eine Umstellung bedeuten; so genügt beispielsweise nicht länger ein fünfsitziges Auto, ist auch eine Erwerbsarbeit für die Mutter nur noch unter großen zeitlichen Schwierigkeiten denkbar u.v.m. Das Modell belastet den Staatshaushalt bei der derzeitigen Geburtenzahl von unter 80.000 (ungeachtet dessen, daß viele der 80.000 Neugeborenen Geschwister haben und deren Mütter damit für das Erziehungsgehalt nicht neu berücksichtigt werden müssen) mit einem Betrag, der in der Höhe beispielsweise vergleichbar ist mit den Budgetmitteln, die jährlich für die österreichischen Universitäten und Hochschulen ausgegeben werden.

2) Forderung II: Wiedereinführung der Familienbesteuerung. Bei der Diskussion rund um die Familien wird häufig außer Acht gelassen, daß viele andere gesellschaftliche Bereiche von den Leistungen der betreuenden Familienmitglieder profitieren. Es ist unbestreitbar ein schweres kulturelles Defizit, daß unsere Gesellschaft diese immense Leistung nicht mehr würdigt. Hier gilt derzeit hochgradig, daß die Mühen für die Zukunft des Staates in erster Linie privatisiert, der Gewinn aber sozialisiert wird. Es ist zukunftspolitisch jedoch nicht nachzuvollziehen, warum eine angemessene Kompensation der Familien für die Tatsache, als Lebensleistung auch die Sicherung der Zukunft des Volkes vorweisen zu können, unzulässig sein soll. Vieles in der Leistung der Familien aus Liebe und Freude am Kind ist natürlich mit Geld nicht zu bezahlen; aber vieles kommt teuer, wenn es bezahlt werden müßte. Es gilt daher, Familien mit Kindern als Gesamtheit finanziell zu stärken. Hier ist der Staat aufgerufen, mit einer entsprechenden Steuer- und Abgabepolitik Weichen zu stellen und die Steuerprivilegien der Ledigen und freiwillig Kinderlosen und die Diskriminierung der Kinderfamilien zu beseitigen. Der Steuersatz ist für Einzelverdiener ohne Familienpflichten zu erhöhen und für Familien zu vermindern.

Für jede Person einer Kinderfamilie ist ein Existenzminimum steuerfrei zu stellen. Der Beginn der Steuerpflicht sollte erst ab der Summe der Existenzminima pro Haushaltsmitglied erfolgen. Familien, deren Einkommen nicht die Summe der Existenzminima ihrer Mitglieder erreicht, haben in dieser Höhe Anspruch auf Familienbeihilfe als Negativsteuer. Diese Steuerreform sollte budgetneutral gestaltet werden; Sie würde zu Lasten der Kinderlosen gehen, doch gerade diesen sind oft nur die Kosten von Kindern, nicht aber deren Nutzen für die Allgemeinheit, also für sie selbst bewußt. Selbstverständlich geht mit der Familienbesteuerung und mit

dem Erziehungsgehalt einher, daß die jetzigen zahlreichen Almosen abgebaut werden.

- 3) Forderung III: Aufrechterhaltung des Versicherungsschutzes für Mütter, die nach dem Mutterberuf weiter zu Hause bleiben. Mütter, die nach der befristeten Mutterberufszeit weiter bei ihren Kindern bleiben, weil sie es für die gedeihliche und lebensstüchtige Entwicklung der Kinder für wichtig und richtig erachten, sollen dafür nicht bestraft werden und bis zur Volljährigkeit der Kinder, wie bisher, voll mitversichert sein.
- 4) Forderung IV: Wiedereinführung der Geburtenbeihilfe. Die Kinderfreudigkeit soll durch entsprechende Leistungen der Gesellschaft an die werdenden Eltern gefördert werden. Nachdem die Ausgaben bei einem (ersten) Säugling hoch sind – sie reichen vom Kinderwagen bis zur Trinkflasche –, sollte der Geburtenzuschuß wieder eingeführt werden. Auch er sollte entsprechend der Interessen des Staates gestaffelt werden. Ein Geburtenzuschuß von je 5.000,- ATS für das erste und zweite Kind, 7.000,- ATS für das dritte, 15.000,- ATS für das vierte und jedes weitere ist vorstellbar.
- 5) Forderung V: Wiedereingliederungshilfen am Arbeitsmarkt bereitstellen. Was die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt betrifft, bedarf es ebenfalls der politischen Steuerung. Die Wirtschaft wird, wie ausgeführt, verstärkt auf das Potential der Mütter zurückgreifen, so bedarf es dann der aktiven politischen Steuerung, der den Wiedereingliederungsprozeß unterstützt. Bessere Bedingungen für diesen Wiedereinstieg zu schaffen, ist daher besonders wichtig. Ebenso die Forderung nach qualifizierten Halbtagsarbeitsplätzen, die notwendig sind, sobald Kinder im Hause sind.
- 6) Forderung VI: Neugestaltung der Pension. Früheren Generationen war es bewußt, daß Kinder auch eine Lebensversicherung für die Zukunft darstellen. Umgekehrt gehörte es zur normalen Solidarpflicht der Kinder, später für ihre Eltern Sorge zu tragen. Das geltende Pensionsystem, das die Lebensrisiken des Alters auf kollektive Versicherungssysteme überträgt, hat freilich mit seinem fiktiven Generationenvertrag die Rechnung ohne den künftigen Wirt, nämlich die Kinder, gemacht und auf eine Solidarität gebaut, die nicht auf Gegenseitigkeit beruht. Die Folge ist, daß heute auf je drei Österreicher im erwerbsfähigen Alter (15–65 Jahre) ein über 60-Jähriger kommt; in 30 Jahren werden es zwei sein. Wenn sich die dargelegten Prognosen bewahrheiten, dann müssen in den nächsten 30 Jahren schrittweise entweder die Beiträge

der Aktiven verdoppelt werden, wenn die Versicherungsleistungen für Pensionisten den heutigen entsprechen sollen. Oder aber es werden die Pensionen halbiert.<sup>48</sup> Das jetzige Pensionssystem ist jedenfalls spätestens in sieben Jahren ohne Neuverschuldung nicht mehr finanzierbar. Ähnliches gilt für die Kranken- und Pflegeversicherung. Besonders bei den Pensionen ist die Diskrepanz zwischen Kinderfamilien und kinderlosen Paaren evident. Ein Ehepaar, das drei oder mehr Kinder aufgezogen hat, verfügt heute im Alter im allgemeinen nur über einen einzigen kompletten Pensionsanspruch. Da viele Mütter für ihre Kinder die Berufstätigkeit zumindest für einige Jahre reduzieren bzw. aufgeben, verfügen sie über kein bzw. ein geringes Einkommen und verlieren neben den Versicherungszeiten vor allem auch an Beitragshöhen. Kinderlose Paare hingegen nehmen in aller Regel nicht nur die komplette staatliche Pensionsversicherung in Anspruch, sie haben im Vergleich zu Kinderfamilien auch stets mehr frei verfügbares Geld, um mit einer privaten Pensionsversicherung vorzusorgen. Kinderlose Paare ernten beim derzeitigen Pensionssystem für ihre Lebensleistung, nämlich eigentlich nur für sich selbst gesorgt zu haben, im Alter die Früchte.

Es stehen heute immer häufiger kinderreiche Halbverdiener kinderlosen Doppelverdienern gegenüber. Erstere werden später zu enkelreichen Minimalpensionisten, letztere zu enkellosen Doppelpensionsbeziehern. Doch die Enkel der Minimalpensionisten sind es, die für die Kinderlosen die hohen Alterspensionen verdienen müssen. Dieses System nachträglich in einer Zeit zu korrigieren, in der immer mehr Alte von immer weniger Nachwachsenden versorgt werden müssen, dürfte gegen den Widerstand der vielen Privilegierten, die in Bälde die Mehrheit des Wahlvolkes stellen werden, nur schwer durchsetzbar sein. Aber die Zukunft ist unerbittlich nachtragend und rächt sich an denen, die für sie nicht vorgesorgt haben. Eine Pensionsreform muß daher zum Ausdruck bringen, daß das Aufziehen von Kindern eine notwendige Form der Generationensolidarität ist. Der Zweigenerationenvertrag ist folglich durch einen Dreigenerationenvertrag zu ersetzen, der nicht nur die Erwerbstätigen und die Pensionisten, sondern auch die nachwachsenden Generationen berücksichtigt. Ein mögliches Modell, das mit einer Umstellung des Pensionssystems einhergeht, wurde von Robert Scheithauer angedacht<sup>49</sup>: Demnach errechnete sich die künftige Pension zu 50 % aus dem bisherigen Anspruch aufgrund der Erwerbstätigkeit. Für die Mütter, die den Mutterberuf gemäß vorgeschlagenem Modell wählen, bedeutet dies, daß sie in der Zeit, wo sie Erziehungsgehalt erhalten, über einen kompletten Pensionsanspruch verfügen, der als Bemessungsgrundlage den Letztbezug der vorangegangenen Erwerbstätigkeit hat. Wer ein Kind aufzieht, erhält



sodann 67 % des bisherigen Anspruchs, 83 % bei zwei und 100 % bei drei Kindern. Bei vier Kindern wächst der Anspruch auf 117 %, bei fünf Kindern auf 133 % und ab sechs Kindern auf 150 % des bisherigen Anspruchs. Der schrittweise Ausgleich erfordert keine zusätzlichen Geldmittel.

Aus den dargestellten sechs Vorschlägen leiten sich konkrete Maßnahmen und Forderungen für die politischen Parteien ab: sie reichen von der Festschreibung der Förderung der Kinderfamilie in den Parteiprogrammen bis hin zur Regierungsarbeit, wo das Finanzsystem nach den vorgeschlagenen Prinzipien umgestellt werden müsste. Alle Bereiche der Gesetzgebung, Rechtspflege und Verwaltung müssen mit Rücksicht auf ihre Wirkung für die Kinderfamilie gestaltet werden.

Neben diesen konkreten Maßnahmen bedarf es auch der erfolgreichen Trendumkehr in der veröffentlichten Meinung. Die Gesellschaft braucht dringend wieder den Mut zum Leben, Freude am Dasein und eine positive Grundeinstellung. Wir brauchen eine bewusste Einstellung zur Zukunft und zum Nachwuchs.

## **Resümee**

Die Stellung der Frau war und ist von den jeweils herrschenden ideologischen oder religiösen Strömungen, dem Zeitgeist und vor allem den politisch-historischen und sozialen Zwängen und Gegebenheiten abhängig und bestimmt. Als in Deutschland vor rund 200 Jahren die organisierte Frauenrechtsbewegung ihren Anfang nahm, sahen sich die Frauen mit einer Schlechterstellung in rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und partnerschaftlichen Belangen konfrontiert. An der Schwelle des neuen Jahrtausends stellt sich die Lage in diesen Belangen positiv dar. Keine andere Gruppe hat ihre Rechte, ihr Rollenbild, ihre Lebensinhalte und ihr Selbstverständnis so verändert wie die Frauen. Frauen sind Männern in Recht und Würde ebenbürtig und gleichwertig, ihnen stehen alle Ausbildungsbereiche und Berufe, mit Ausnahme bei der römisch-katholischen Kirche, offen, sie haben die gleiche Wahlfreiheit im persönlichen Lebensentwurf, sie genießen rechtlichen Schutz, der noch bestehende wirtschaftliche und soziale Nachteile beseitigen soll, und auch die Partnerschaft zwischen Mann und Frau ist heute von Gleichwertigkeit bei Andersartigkeit geprägt.

Zu diesen positiven Aspekten gesellt sich ein deutlich negativer. Eine jahrzehntelange Entwicklung führte zur „Vermännlichung“ und „Angleichung“ von Frauen an männliche Lebens- und Erwerbsbiographien. Die Frauen entscheiden sich in ihrer Lebensorientierung immer häufiger für die allei-

nige Erwerbsarbeit und laufen dabei Gefahr, einen Teil ihrer Eigenart, die Mutterschaft, meist gegen ihren eigentlichen Willen aufzugeben. Um den Frauen in ihren Ansprüchen, die Kinderwunsch und Wunsch nach bezahlter, versicherter und gewürdigter Arbeit umfassen, gerecht zu werden, ist es notwendig, eine Korrektur in der veröffentlichten Meinung durchzuführen. Frauen sind weder die „besseren Männer“ noch ist es deren Ziel, vermännlicht durch's Leben zu gehen. Das ureigenste Wesen der Frau muß wieder aufgewertet werden. Darüber hinaus bedarf es der finanziellen Honorierung der von Frauen in der Kinderbetreuung geleisteten Arbeiten. Hierzu dient das Modell des befristeten Mutterberufs. Gemeinsam mit den anderen finanziellen Forderungen stellen diese Maßnahmen eine Notwendigkeit für die Zukunft dar, die zielstrebig verfolgt werden müssen. Dies ist wahrscheinlich nur unter großen Anstrengungen aller Interessensgruppen bei gleichzeitiger Verlagerung der gesellschaftlichen Prioritäten möglich. Aber es gilt: Frauen entscheiden über den Fortbestand des deutschen Volkes, an ihnen muß sich daher die Politik orientieren. Es liegt an uns heute, die Zukunft in die Hand zu nehmen oder aufzugeben.

**Ulrike Raich**, Wien, ist Diplomingenieurin und Journalistin

Anmerkungen:

<sup>1</sup>Gisela Helwig: Frau und Gesellschaft. Bonn 1997. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Informationen zur politischen Bildung: „Frauen in Deutschland – Auf dem Weg zur Gleichstellung“. Künftig zitiert als Helwig: Frau und Gesellschaft, 1997. S. 38

<sup>2</sup>Rosemarie Nave-Herz: Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland. o.O. 1997 Künftig zitiert als Nave-Herz 1997. S. 54

<sup>3</sup>Nave-Herz 1997. S. 78

<sup>4</sup>Der Spiegel 47/1999. S. 96

<sup>5</sup>Zitat aus einer Zentralauschußsitzung der Österreichischen Hochschülerschaft 1995.

<sup>6</sup>Vergleiche: Vina Yun: „Totgesagte leben länger“. In: Unique 1998

<sup>7</sup>Zitat aus der Rede anlässlich einer Sponson an der Universität für Bodenkultur im Juni 1997.

<sup>8</sup>Eckartschrift 155, Frauenleben, Wien 2000. S. 14.

<sup>9</sup><http://www.frauen.bmsg.gv.at/>

<sup>10</sup>Bei „Kind und Karriere“ ist Deutschland Schlußlicht. Financial Times Deutschland. 7.3.2001

<sup>11</sup>Wiener Frauenbarometer, Arbeitswelt, Wien 1999.

<sup>12</sup>N.N.: Die Frauen zahlen drauf. In: Eltern 3/1994, München, S. 29.

<sup>13</sup>Wiener Frauenbarometer, Arbeitswelt, Wien 1999.

<sup>14</sup>Wiener Frauenbarometer, Arbeitswelt, Wien 1999.

<sup>15</sup>Sabine Schachinger: Erforschung sozialer Ungleichheit zwischen den Geschlechtern auf dem Arbeitsmarkt anhand der konkreten Ergebnisse des Mikrozensus 03/87.

Wien 1993 (unveröffentlichte Diplomarbeit der Wirtschaftsuniversität Wien)

<sup>16</sup>Unberücksichtigt ist, ob es sich um Halbtags-, Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigungen handelt. Dadurch wird das Bild naturgemäß verzerrt. In: Die Presse vom 1. 9. 2000. S. 9

<sup>17</sup>Susanne Weingarten und Marianne Wellershoff: „Fordert, was ihr kriegen könnt.“ In: Der Spiegel 47/1999. Künftig zitiert als: Der Spiegel 47/1999. S. 91 ff.

<sup>18</sup>Wiener Frauenbarometer, Arbeitswelt, Wien 1999

<sup>19</sup>N.N.: Geschlossene Gesellschaft. Keine einzige Frau in den Vorständen der DAX-Konzerne. In: managermagazin 5/2000

<sup>20</sup>Peter Stüber: Frauen in Führungspositionen: noch lange nicht am Ziel. In: Die Presse vom 25. 3. 2000. S. 5 (Top Karriere)

<sup>21</sup>„Bei „Kind und Karriere“ ist Deutschland Schlußlicht“. Financial Times Deutschland. 7.3.2001

<sup>22</sup>Horizont 11/2001, 15.3.2001, S.77

<sup>23</sup>APA, Standard Frühjahr 2001, Daten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger

<sup>24</sup>Die Presse, Hohe Jobfluktuation in Österreich, 10.6.2000. S. 16

<sup>25</sup>Wiener Frauenbarometer, Arbeitswelt, Wien 1999

<sup>26</sup>Godenzi Alberto, Dackweiler Regina, König Ilse: „Man hat nur ein Leben“. Reaktionen von Männern in Organisationen auf Gleichstellungsinitiativen. Bundesministerium für Frauenangelegenheiten und Konsumentenschutz, Freiburg, 1999. Künftig zitiert als „Man hat nur ein Leben“ 1999. S.2

<sup>27</sup>„Man hat nur ein Leben“ 1999, S.2

<sup>28</sup>PPA 1992. Und FFS 1996. Und Paul Zulehner und Christian Friesl: European Value Study (EVS). Wien 1990. Künftig zitiert als EVS 1990.

<sup>29</sup>Familienbericht 1999 und Kriemhild Trattinig: Die Verantwortung der Frau in Familie und Gemeinschaft. In: Freie Argumente. Wien 1995. Künftig zitiert als Trattinig 1995. S. 40–46

<sup>30</sup>Trattinig 1995. S. 40–46

<sup>31</sup>Das Geburtendefizit der bundesdeutschen Bevölkerung betrug 1995 206281. (In: Birg, Herwig: Demographisches Wissen und politische Verantwortung, In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Opladen 1998). 1999 gab es in der BRDeutschland offiziell 130.471 Abtreibungen. (In: Prantner, Robert: Deutschlands Städte islamisch?, In: Zur Zeit vom 18.–24. 8. 2000, Nr. 34/00, Seite 7)

<sup>32</sup>NFZ, 16. August 2001, S.4

<sup>33</sup>Bundesministerium für Familie: Familienbericht 1999. Wien, 1999. Künftig zitiert als Familienbericht 1999

<sup>34</sup>Godenzi Alberto, Dackweiler Regina, König Ilse: „Man hat nur ein Leben“. Reaktionen von Männern in Organisationen auf Gleichstellungsinitiativen. Bundesministerium für Frauenangelegenheiten und Konsumentenschutz, Freiburg, 1999

<sup>35</sup>Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Statistik Austria, Juli 2001

<sup>36</sup>Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Statistik Austria, Juli 2001

<sup>37</sup>berechnet nach Mindestlohnstarifen brutto inklusive Überstundenabgeltungen

<sup>38</sup>Trattinig 1995. S. 40–46

<sup>39</sup>Ninz 1999. S. 33

<sup>40</sup>Nach einer Analyse des Österreichischen Statistischen Zentralamtes (ÖSTAT:

Mikrozensus-Jahresergebnisse 1997) sind in Österreich mindestens 10 % (einkommensbezogen) bis 16,5 % (ausgabenbezogen) der privaten Haushalte armutsgefährdet. Das ÖSTAT definiert Armutsgefährdungen neben einem geringeren Einkommen auch anhand der Konsumausgaben. Ein Haushalt ist armutsgefährdet, wenn er pro Kopf weniger als die Hälfte als der Durchschnitt ausgeben kann. Ein Haushalt mit pro Kopf 6.070 ATS (ohne Kinder) bzw. 6.510 ATS (zwei Kinder) galt demnach 1993/94 laut ÖSTAT-Berechnung als armutsgefährdet. Im Gesamtdurchschnitt waren dies 16,4 % aller Haushalte.

<sup>41</sup>Zur Zeit, 1.5–28. Juni 2001, Nr. 24–25/2001, S.19

<sup>42</sup>Hohe Doppelbelastung von Müttern durch Beruf und Kindererziehung. In: Medizin und Ideologie 2/2001. S. 33f

<sup>43</sup>European Community Household Panel ECHP: „Europapanel“. o.O. 1996

<sup>44</sup>„Ist eine Kombination von Familie und Beruf nicht oder nur sehr schwer möglich, dann ist es nicht zuletzt auch sehr wahrscheinlich, daß die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen trotz relativ geringer Veränderungen im Kinderwunsch zu einem weiteren Rückgang der ohnedies niedrigen Geburtenrate führt“, Christopher Prinz im Familienbericht 1999

<sup>45</sup>Weiß, Volkmar: Wo bleiben die Genies?, In: Zur Zeit vom 14.–20. 7. 2000, Nr. 29/00

<sup>46</sup>„Mutter und Vater als Beruf“. Helga Herglotz, Vorstandsmitglied der Österreichischen Hausfrauen-Union in Graz, Gastkommentar, Die Presse 9.2.01

<sup>47</sup>Sozialdemokratische Positionen für ein Regierungsprogramm, beschlossen von der SPÖ am 1. 12. 1999

<sup>48</sup>Gerhart Bruckmann, Bezirksjournal-Stadtjournal, 07/2001

<sup>49</sup> zitiert nach: Robert Friedrich Scheithauer: Das Schindluder mit der Familie. In Freie Argumente. Wien 1995. S. 26–34.